

**Fraktion im Kreistag des
Rheinisch-Bergischen Kreis**

Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
Telefon 02202 / 132011
Fraktion-rbk@dielinke-rbk.de
www.dielinke-rbk.de

VR Bank e.G. Bergisch Gladbach
DE37370626003213624015
GENODED1PA

Haushaltsrede der Kreistagsfraktion
DIE LINKE.
im Rheinisch-Bergischen Kreis

anlässlich der Haushaltsverabschiedung in der Kreistagssitzung am 06.12.2018

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

uns liegt heute der **Haushalt für das Jahr 2019** zur Entscheidung vor. Dieser sieht ein Defizit ohne Anträge von rund 1,2 Mio Euro vor. Dieses Defizit gleichen wir durch die Rücklage aus. Die Ausgleichsrücklage wird sich in den nächsten Jahren nahezu aufbrauchen. Nach dem Ansatz für 2018 sind derzeit noch 14,3 Mio. € in der Ausgleichsrücklage, nach der mittelfristigen Finanzplanung dürften wir 2023 bei Null angekommen sein.

Die Linksfraktion ist der Ansicht, dass eine ausreichend hohe Ausgleichsrücklage dringend notwendig ist, damit politische Handlungsspielräume auch noch in Zukunft genutzt werden können. Nach der doch üppigen Senkung der Kreisumlage im letzten Jahr um 3,45 %-Punkte ist es aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung richtig, die Umlage nicht weiter abzusenken. Dafür besteht kein Spielraum, auch wenn die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen und deren Kämmerer dies immer wieder fordern. Bereits heute wissen wir, dass die Anhebung der Kreisumlage in den kommenden Jahren unausweichlich sein wird. Dies sagt derzeit keiner gerne, die Zahlen im Haushalt lassen aber eine sichere Deutung zu.

Die Entlastung der kreisangehörigen Kommunen war bislang das Credo, nachdem die Haushalte des Kreises verabschiedet wurden. Nun haben wir als Kreis aber nicht nur die Aufgabe die Kommunen so weit wie möglich finanziell zu entlasten, sondern auch, unsere eigene Zukunft, nämlich die des Kreises, im Blick zu haben und zu gestalten.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand florieren. Sie steigen jährlich an, demzufolge die Bemessungsgrundlage für die Kreisumlage steigt. Auch die Kommunen haben aufgrund der günstigen Steuereinnahmen jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung.

Und unsere Ausgleichsrücklage? Die schmilzt immer weiter ab. Wir sollten, wie jeder vernünftige Haushalt in guten Jahren sparen, damit wir in schlechten ein Polster haben. Wir aber betreiben seit Jahren genau das Gegenteil.

Die GPA hat angeregt, die Ausgleichsrücklage zu schonen. Unseres Erachtens sollten wir noch einen Schritt weiter gehen: Die Ausgleichsrücklage sollten wir nicht abschmelzen lassen, sondern ganz im Gegenteil, wir sollten sie jetzt stärken. In einer Zeit in der die Kommunen jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung haben, sollten wir für die Kommunen sparen, damit in einem wirtschaftlichen Abschwung die Kommunen nicht von zwei Seiten belastet werden. Die Nichtsenkung der Kreisumlage im kommenden Haushalt ist der erste richtige Schritt in diese Richtung. In den kommenden Jahren sollten wir die Kreisumlage daher auch wieder maßvoll erhöhen, damit die Ausgleichsrücklage nicht gegen 0 läuft.

Dem Antrag der CDU und den Grünen stimmen wir daher nicht zu. Sollte es zu der Einmalzahlung in Höhe von 1,5 Mio Euro durch eine Grundgesetzänderung kommen, dann sollte dieses Geld zur Stärkung der Ausgleichsrücklage verwendet werden und das Geld nicht an die Kommunen ausgekehrt werden.

Aufgrund des Änderungsantrags der CDU und der Grünen werden wir, sollte er Niederschlag im Haushalt finden, dem Gesamthaushalt nicht zustimmen.

Ich möchte noch kurz auf folgende weitere Punkte zu sprechen kommen, die meiner Fraktion wichtig sind:

Der **soziale Wohnungsbau** ist weiterhin ein Feld, der im Rheinisch-Bergischen-Kreis vernachlässigt wird. Die RBS die nächsten 5 Jahre jeweils durch weitere 100.000 Euro zu unterstützen findet unsere Zustimmung. Auch der Zusatz, die anderen Gesellschafter aufzufordern, unserem Beispiel zu folgen, ist ebenfalls richtig und wichtig. Das ist jedoch in der Summe nicht ausreichend: Es bedarf hier weiterer Anstrengungen, damit bezahlbarer Wohnraum für alle entsteht. Die RBS, Kommunen, das Land NRW sowie die Politik sind gefordert, Geld in bezahlbaren Wohnraum zu investieren. Der jahrzehntelang vernachlässigte öffentliche Wohnungsbau muss wiederbelebt werden. Wohnen ist Menschenrecht. Insbesondere ist es notwendig, dass bei Großprojekten durch Investoren ein prozentualer Anteil von mindestens 30 % der Neubauten preiswerte Mietwohnungen sind. Dies kann die Politik leisten. Das Kölner kooperative Baulandmodell ist hierfür nur ein Beispiel.

Weiterhin ist uns wichtig, dass der **ÖPNV** gestärkt wird. Nicht nur der Ausbau des Netzes und die Taktverdichtung sind elementar. Auch der umweltverträgliche Umbau des ÖPNV beispielsweise durch Wasserstoffbusse ist wesentlicher Bestandteil einer klugen Verkehrspolitik. Der Skandal um die Abgaswerte der Autohersteller muss hier Anlass sein, die bisherige Politik zu überdenken.

In der **Schulpolitik** möchten wir einen Umbau der Schullandschaft hin zu mehr und längerem gemeinsamen Lernen erreichen. Hier setzen wir auf Gesamtschulen, deren Entwicklung und Ausbau wir im Rheinisch-Bergischen-Kreis befürworten.

Zu guter Letzt danke ich der Verwaltung für die Arbeit im letzten Jahr, bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und einen besinnlichen Jahresausklang.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!